

EU-Agrarpolitik unter Druck

Über die Risiken der neuen Mehrheitsverhältnisse im EU-Parlament und die Chancen für einen Neustart in der EU-Agrarpolitik

von Martin Häusling

Mit der Europawahl im Juni 2024 haben sich die politischen Gewichte im EU-Parlament weiter nach rechts verschoben. Für eine zukunftsweisende Agrarpolitik bedeutet das eine Herausforderung, denn Konservative und Liberale haben unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus bereits in Rekordtempo kurz vor den EU-Wahlen einen umweltpolitischen Rollback der EU-Kommission in der Agrarpolitik mitgetragen. Während sich Parlament und Kommission noch sortieren, haben Vertreter aus 29 Verbänden in ihrem Bericht »Strategischer Dialog zur Zukunft der EU-Landwirtschaft« festgehalten, dass die Dreifachkrise aus Klimawandel, Artensterben und Umweltverschmutzung enormen Druck auf die europäische Landwirtschaft ausübt, und Vorschläge unterbreitet, wie dem effektiv begegnet werden muss. Dieser sektorübergreifende Konsens soll nun seitens des neuen Agrarkommissars Christophe Hansen in ein konkretes Arbeitsprogramm für die neue Legislatur verwandelt werden. Ein Neustart der EU-Agrarpolitik wäre angesichts der Herausforderungen durch den Ukraine-Krieg, die Folgen wirtschaftlicher Unsicherheit und zunehmender Verteilungskämpfe um den EU-Haushalt nach Ansicht des Autors des folgenden Beitrages dringend erforderlich. Kann der Bericht des »Strategischen Dialogs« dafür der Fahrplan sein?

Zu Beginn einer neuen Legislatur, zumal wenn die alte EU-Kommissionspräsidentin auch die neue ist, lohnt sich ein Blick in die Vergangenheit und eine Gegenüberstellung von anfänglichen Versprechungen und tatsächlichen Ergebnissen. Für den Landwirtschaftsbereich fällt die Bilanz der vergangenen Legislatur enttäuschend aus. Insbesondere die Farm-to-Fork-Strategie, die den Übergang zu einem nachhaltigen Ernährungssystem vom Acker bis zum Teller anstoßen sollte, wurde nie umgesetzt. Von den 31 Farm-to-Fork-Initiativen, die Vorhaben von der Pestizidreduktion bis zur Gestaltung nachhaltiger Ernährungssysteme umfassten, wurden bis kurz vor Ende der Legislatur 15 überhaupt nicht weiter vorgestellt.¹ In die damals noch laufenden Verhandlungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) wurde von den Initiativen nichts eingebaut, und der Kommissionsvorschlag zur dringend nötigen Pestizidreduktion wurde, trotz substanzieller Verbesserungen nach der Torpedierung durch Konservative und Rechte im Parlament, sogar zurückgezogen. Auch das angekündigte Tierschutz-Gesetzgebungspaket reiht sich ein in die agrarpolitischen Versäumnisse der vergangenen Legislatur.

Dies ist eine bedenkliche Entwicklung, die eine langfristige Gefährdung für Klima- und Umweltschutz sowie für die Zukunftsfähigkeit der Landwirtschaft bedeutet. Denn insbesondere der rasch voranschreitende Verlust der Artenvielfalt und der damit verbundene Zusammenbruch von Ökosystemen stellen weltweit immense Herausforderungen dar. Die Landwirtschaft ist hier Verursacherin und Leidtragende zugleich, zeigt allerdings mehrheitlich wenig Einsicht in die Notwendigkeit einer Transformation. Auch die Mitgliedstaaten zeigen kaum ökologische Ambitionen in ihren Strategieplänen, wie der Europäische Rechnungshof in einem Bericht im Herbst 2024 nicht zum ersten Mal monierte.²

Für Deutschland hat im September 2024 der erste umfassende »Faktencheck Artenvielfalt« ergeben, dass etwa ein Drittel der erfassten Tier-, Pflanzen- und Pilzarten bestandsgefährdet ist. Als Hauptursache für den Verlust biologischer Vielfalt machen die Autoren »die Intensivierung der landwirtschaftlichen Nutzung mit negativen Wirkungen auch auf benachbarte Ökosysteme, die stetige Abnahme vieler Lebensraumtypen und eine Verschlechterung der Lebensraumqualität,

insbesondere durch Verschmutzung und Nährstoffeinträge«³ aus. Dabei könnte eine intakte biologische Vielfalt die Stabilität von Ökosystemen – und damit die Wirtschaftsgrundlage für die Landwirtschaft – erhöhen, wie man seit Langem weiß. Stabile Ökosysteme sind weniger von einer externen Zufuhr von Energie und Chemie abhängig und daher nachhaltiger zu bewirtschaften. Ein Wirtschaften *mit* der biologischen Vielfalt statt gegen sie würde daher zuallererst die Landwirtschaft selbst stärken.

Umweltpolitischer Rollback

Auf EU-Ebene war es deshalb umso fataler, dass im Zuge der europaweiten Proteste von Landwirtinnen und Landwirten und unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus eine Reihe wichtiger Umweltstandards der aktuellen GAP gelockert oder gar ganz gestrichen wurden.

Besonders die Streichung langjähriger Bestimmungen für den Schutz von Dauergrünland (GLÖZ 1) und der EU-weit mehr als neun Millionen Hektar pestizidfreie, bestäuberfreundliche Flächen (GLÖZ 8), die weitere Abkehr von einer bereits unzureichenden Fruchtfolge-Regelung (GLÖZ 7) sowie die Schwächung des Schutzes von Natura-2000-Weideland (GLÖZ 9) wiegen aus Klima- und Umweltschutzperspektive schwer.

So wäre z. B. eine weitere Umwandlung von Grünland in Ackerland nach dem enormen Verlust in den letzten 20 Jahren für die Klimabilanz des Agrarsektors desaströs. Der Treibhausgasausstoß der Landwirtschaft könnte laut Berechnungen der Agrarwissenschaftler Sebastian Lakner und Norbert Röder in der restlichen GAP-Periode um 4,6 Prozent ansteigen, was den Sektor in Hinblick auf die Einsparziele um etwa fünf Jahre zurückwerfen würde.⁴ Ökologische Vorrangflächen (fälschlicherweise oft Brachen genannt) (GLÖZ 8) als Rückzugsorte für gefährdete Arten, insbesondere in ausgeräumten Agrarlandschaften, spielen im Kampf um den Erhalt der Biodiversität eine wichtige Rolle. Insgesamt betrachtet könnten die aktuellen Änderungen einen Rückschritt bis auf das Umweltregelungsniveau der 1990er-Jahre bedeuten, als es weder Fruchtfolgeregelungen noch ökologische Vorrangflächen gab noch eine Regulierung der Umwandlung von Dauergrünland.⁵

Der legislative Prozess, mit dem die weitreichenden Änderungen durchgedrückt wurden, war beispiellos, wurde er doch im Eiltempo und in teilweiser Selbstaufgabe parlamentarischer Mitsprache (man hätte seitens des Europäischen Parlaments Einspruch erheben können, tat es aber nicht) so rasch wie möglich vor den EU-Wahlen über die Bühne gebracht. Während sich die Verhandlungen über die jetzige GAP über mehr als drei Jahre hingezogen hatten, wurde die umwelt-

Änderungen der Umweltvorschriften: Vorschriften von 2021 vs. Vorschläge der EU-Kommission von 2024		
GLÖZ-Standard	Vorschriften von 2021	Vorschläge der EU-Kommission von 2024
1	Erhaltung von Dauergrünland, max. 5 Reduktion gegenüber dem Referenzjahr 2018	Die Mitgliedstaaten können das Referenzverhältnis für 2018 einmal im Zeitraum 2023-27 »anpassen«. Ausnahme von der Verpflichtung zur Neuanpflanzung von Grünland
2	Mindestschutz von Feuchtgebieten und Torfgebieten	Keine Änderung
3	Verbot des Abbrennens von Stoppelfeldern, außer aus phytosanitären Gründen	Keine Änderung
4	Anlage von Pufferstreifen entlang von Gewässern	Keine Änderung
5	Anbautechniken gegen Bodendegradation (z. B. Bodenbearbeitung)	Mitgliedstaaten können bestimmte Kulturen, Bodenarten und Bewirtschaftssysteme ausnehmen
6	Mindestbodenbedeckung zur Vermeidung von Kahlstellen in sensiblen Räumen	Mitgliedstaaten können bestimmte Kulturen, Bodentypen und Anbausysteme ausnehmen. Die Mitgliedstaaten können die Hauptelemente des Standards unter Berücksichtigung der Kultur, des Bodens und der klimatischen Bedingungen festlegen
7	Fruchtfolge auf Ackerland	Mitgliedstaaten können bestimmte Kulturen, Bodentypen und Anbausysteme ausnehmen. Einhaltung auch durch Anbaudiversifizierung
8	Mindestanteil (4 %) der Ackerflächen, die für nicht produktive Zwecke genutzt werden, unter Beibehaltung der bestehenden Landschaftsmerkmale	Verpflichtung zu einem Mindestanteil entfällt. Die Mitgliedstaaten sollen stattdessen ein Anreizsystem schaffen. Bestehende Merkmale bleiben geschützt
9	Verbot des Umbruchs und der Umwandlung von ökologisch empfindlichem Dauergrünland in Natura 2000-Gebieten	Der Umbruch zur Wiederherstellung von Dauergrünland in Natura 2000-Gebieten ist zulässig, wenn es durch Prädatoren oder invasive Arten geschädigt wurde

Quelle: Euractiv-Recherche auf der Grundlage der Euractiv-Berichterstattung von Angelo Die Mambro und Maria Simon Arboleas; Visualisierung: Esther Snippe

politische Abkehr von fast allen »grünen« Bestandteilen in kaum mehr als drei Wochen vollzogen. Im April 2024 wurde in einem Dringlichkeitsverfahren im EU-Parlament über die Rücknahme der Umweltauflagen abgestimmt, ohne dass Folgenabschätzungen durchgeführt oder Ausschussanhörungen bzw. Plenardebatten abgehalten wurden. Dieser verkürzte Prozess zeigt, wie stark gerade auf EU-Ebene der Druck der Agrarindustrie und der konservativen Kräfte ist. Als Reaktion hat die EU-Ombudsstelle sogar eine Anfrage an die Kommission zur Rechtmäßigkeit des Verfahrens eröffnet, um zu klären, ob die Rücknahme von Umweltstandards vollzogen wurde, ohne zu prüfen, ob die gelockerten Vorschriften die Umwelt- und Klimaziele der EU sowie die Nachhaltigkeit der EU-Landwirtschaft auf lange Sicht untergraben.⁶

Die Grünen/EFA-Fraktion hatte 2021 gegen die jetzige überbürokratische GAP gestimmt, weil sie nach wie vor ein ungerechtes System zementierte, das vor allem rationalisierten Großbetrieben und der Zulieferindustrie zugutekommt und nicht einer regionalen und umweltverträglichen Landwirtschaft. Nun konnten die ehemaligen Befürworter in den konservativen und liberalen Reihen ihre Zustimmung zu diesem Konstrukt selbst gar nicht schnell genug rückabwickeln, und haben dabei zuallererst die wenigen wichtigen Umweltpfeiler der GAP-Architektur eingerissen.

Kernproblem faire Preise weiter ungelöst

Dabei ist das Kernproblem der Landwirte – die Erzielung fairer Preise für ihre Produkte – weiter ungelöst. Es wurde auch bei den Protesten konsequent überhört. Der prozentuale Anteil der Erzeugerlöhne am Verbraucherpreis ist über die letzten Jahrzehnte drastisch gefallen, wie Berechnungen des Thünen-Instituts zum Anteil der Verkaufserlöse, die beim Landwirt ankommen, zeigen.⁷ 2021 waren das im Durchschnitt noch 21,7 Prozent. Bei Toastbrot als hochverarbeitetem Lebensmittel zeigt sich, dass der Anteil an den Verbraucherausgaben, der den Getreideerzeugern zukommt, inzwischen bei unter zehn Prozent liegt. Bei Brötchen sind es sogar weniger als fünf Prozent. Selbst bei nicht verarbeiteten Produkten, wie z. B. bei Äpfeln, liegt der Anteil des Erzeugerpreises am Verbraucherpreis nur bei rund 30 Prozent.⁸ Dennoch wurden wiederholt schlechte Ernten und Erzeugerpreise als Argument für Preissteigerungen in der ganzen Wertschöpfungskette genannt, was so nicht den Tatsachen entspricht.

Eine direkte Folge des Preisdrucks ist seit vielen Jahren, dass immer mehr landwirtschaftliche Betriebe schließen. 2020 gab es in der EU noch 9,1 Millionen landwirtschaftliche Betriebe. Das sind rund 5,3 Mil-

lionen weniger als noch 2005. Dies entspricht einem Rückgang von rund 37 Prozent⁹ in 15 Jahren. Auch die Weiterverarbeitung von Lebensmitteln wurde im Zuge der Industrialisierung der Lebensmittelwirtschaft drastisch zentralisiert.¹⁰ Mühlen, Molkereien, Bäcker und Metzger verschwinden landauf-landab – eine Entwicklung, die insbesondere im ländlichen Raum spürbar ist. Eine immer stärkere Konzentration der Marktmacht entlang der Lebensmittelwertschöpfungskette, insbesondere in der vorgelagerten Wertschöpfung (Saatgut, Agrochemie) und bei der »abnehmenden Hand«, den Zwischenhändlern, führt dazu, dass die Landwirte zunehmend geringere Anteile am Endprodukt verdienen.

Die durchschnittlichen Ausgaben landwirtschaftlicher Betriebe sind zwischen 1995 und 2017 in allen großen europäischen Agrarstaaten stetig angestiegen: von plus 213 Prozent in Österreich bis plus 360 Prozent in Spanien. Diese Entwicklung ist nicht nur auf die gestiegenen Ausgaben für Pachten und Betriebsmittel (z. B. Pestizide und Düngemittel), sondern auch für Maschinen, die Infrastruktur der Betriebe, Futtermittel und Saatgut, Energie, die Rückzahlung von Darlehen usw. zurückzuführen, wie eine von den europäischen Grünen in Auftrag gegebene Studie zeigt.¹¹

Gleichzeitig hat sich die Marktmacht des Lebensmitteleinzelhandels, insbesondere in Deutschland, weiter konzentriert. Das Hauptgutachten der Monopolkommission vom Juli 2024 zeigt, dass seit 2007 eine Verschiebung der Preisaufschläge vom Agrarsektor hin zu den nachgelagerten Märkten der Lebensmittelverarbeitung und des Lebensmitteleinzelhandels stattgefunden hat. Die Monopolkommission schreibt: »Im Lebensmitteleinzelhandel wird eine Nichtweitergabe von Kostensenkungen festgestellt, die einen Hinweis für oligopolistisches Verhalten darstellt.«¹² Dass aus diesen Ergebnissen laut des Gutachtens nicht etwa Handlungsempfehlungen, sondern – wie seit Jahren – nur weitere sektorale Untersuchungen folgen sollen, ist unverständlich. Selbstverständlich sind Differenzierungen notwendig; jedoch liegen seit Langem Studien zur Machtverschiebung in der Lebensmittelkette vor. Nun gilt es, dringend politische Maßnahmen umzusetzen, um die Verhandlungsmacht der Erzeuger zu stärken. Die Überarbeitung der EU-Richtlinie für Unfaire Handelspraktiken (UTP) und der zur GAP gehörenden Gemeinsamen Marktordnung (GMO) zählen auf EU-Ebene dazu. Am einfachsten wäre es aber, in Deutschland schon mal den Artikel 148 der GMO endlich umzusetzen und wenigstens für Milchbauern faire Preise vertraglich abzusichern.

Landwirtschaftliche Betriebe werden zusehends aufgerieben zwischen steigenden Betriebsmitteln auf der einen sowie dem Preisdruck aufgrund eines zu-

nehmend konzentrierten Verarbeitungs- und Einzelhandelssektors auf der anderen Seite. Das landläufig vorgebrachte Argument, steigende Erzeugerpreise führten zur unerwünschten Konsequenz höherer Lebensmittelpreise für Verbraucher ist nicht mehr vertretbar. Denn Verbraucher und Verbraucherinnen zahlen bereits – zugunsten der Gewinne von Einzelhändlern – höhere Preise als aufgrund der Inflation erklärbar wäre, wie eine Untersuchung der Verbraucherzentrale vom August 2024 zeigt.¹³ Im gegenwärtigen Ernährungssystem verdienen vor allem große Verarbeiter und der Einzelhandel – auf Kosten von Verbrauchern und Erzeugern. Viele der altbekannten Probleme werden also drängender und bedürfen dringend EU-weiter Lösungen.

Politischer Rechtsruck in Parlament, Rat und Kommission

Das neue Europäische Parlament ist nach den Wahlen weiter nach rechts gerutscht. Zwar führt die Fragmentierung der Rechts-Außen-Parteien dazu, dass sie nicht als geballte Macht auftreten, und die AfD musste erst eine neue Fraktion gründen, weil sie selbst den anderen europäischen Rechten zu extrem ist. Die Europaskeptiker und -feinde machen jedoch einen wachsenden Anteil aus und stellen mit den selbsternannten »Patrioten für Europa« und den »Europäischen Konservativen und Reformern« nun die dritt- und viertgrößten Fraktionen. Ihre Polemik, Wissenschaftsfeindlichkeit, Demokratieskepsis und Ausgrenzung, gepaart mit ihrer Leugnung des Klimawandels und genereller Europafeindlichkeit, erschweren eine zielgerichtete Arbeit im Parlament.

Dass der neue Agrarkommissar Christophe Hansen (EVP) unter der Aufsicht des italienischen Vizepräsidenten der EU-Kommission, Raffaele Fitto, steht, ist nur ein Beispiel dafür, wie sich auch die Zunahme rechter Regierungen auf EU-Ebene und in der Kommission widerspiegelt. Fitto als Mitglied der postfaschistischen Fratelli d'Italia hat sich vermehrt als Klimawandelleugner positioniert und soll nun die Entwicklung des ländlichen Raums mitgestalten. Für eine zukunftsweisende Ausgestaltung der Agrarpolitik im Sinne von Klima- und Umweltschutz verheißt dies das Risiko einer rückwärtsgewandten Blockadeebene.

Was merkwürdig scheint, bei dem Rechtsruck in Rat und Parlament aber eine Notwendigkeit war: Um die demokratischen Parteien der Mitte zu stärken, haben die Grünen mehrheitlich für eine Wiederwahl Ursula von der Leyens als Kommissionspräsidentin gestimmt, denn ohne diese Stimmen hätte sie sich auf Stimmen von Rechts-Außen stützen müssen, was den Reaktionären und Faschisten zukünftige Machtoptio-

nen generiert hätte. Die Grünen werden genau darauf achten müssen, wie weit die Kommission und ihre Präsidentin sich vom *Green Deal* und Maßnahmen für eine zukunftsweisende Umweltpolitik entfernt, und auch als kleinere Fraktion Druck aufbauen müssen, um einen Rollback zu verhindern.

Neuer Agrarkommissar mit klarem Auftrag

Die Ernennung von Christophe Hansen aus Luxemburg als neuen Agrarkommissar war von Anfang an mit der Erfüllung eines klaren Auftrags verbunden: der Umsetzung der Ergebnisse des *Strategischen Dialogs zur Zukunft der Europäischen Landwirtschaft*.¹⁴ Dieser unter Leitung von Peter Strohschneider entstandene Abschlussbericht vereint die gemeinsamen Vorstellungen von 29 Interessengruppen aus der europäischen Agrar- und Ernährungswirtschaft, Umweltverbänden, Vertretern ländlicher Gemeinden und der Wissenschaft. Allein, dass diese so unterschiedlichen Akteure zu einem gemeinsamen Abschlussbericht gekommen sind, ist beachtlich. Was ein weiterer Arbeitskreis im Rahmen einer reinen Verzögerungstaktik hätte sein können, kam tatsächlich zu durchaus lesenswerten Ergebnissen.

Substanzielle Forderungen betreffen z. B. die notwendige Einkommenswirksamkeit von Umwelt- und Klimaleistungen, die über die bisherige Ausgleichslogik hinausginge und eine wirkliche Neuerung darstellen würde. Auch die Würdigung des Ökolandbaus in seiner Bedeutung für eine nachhaltige Agrarpolitik ist positiv. Schließlich ist die Empfehlung, dass Subventionen für Umwelt und Klima künftig gemeinsam und gleichberechtigt von Umwelt- und Landwirtschaftsbehörden entwickelt, betreut und kontrolliert werden sollen, sinnvoll, solange dadurch nicht eine gegenseitige Blockade entsteht.

Dennoch ist das Abrücken von den konkreten Zielmarken und Zeitplänen der Farm-to-Fork-Strategie ein Rückschritt für eine zukunftsfähige Landwirtschaftspolitik in Europa, denn dass diese stärker auf Nachhaltigkeit ausgerichtet werden muss, ist vielfach seitens der Wissenschaft und des EU-Rechnungshofes betont worden.¹⁵ Der Strategiedialog war insofern nur nötig, weil eine Gegenbewegung, getragen von Agrarindustrie, Konservativen und Rechten im EU-Parlament, die Bauerndemonstrationen, den Ukraine-Krieg und die folgenden Nahrungsmittelunsicherheiten rhetorisch dazu genutzt hat, diese fortschrittliche Zielrichtung zu konterkarieren.

So liegt im Abschlussbericht des Strategiedialogs eine Chance: dass sich bisweilen feindlich gegenüberstehende Lager für eine gemeinsame Gangart in Richtung Neugestaltung der europäischen Agrarpolitik entscheiden. Die ist umso dringlicher nötig

als die Verteilungskämpfe um ein knapper werdendes EU-Budget zunehmen und die Rechtfertigung für die Auszahlung von Agrarsubventionen auf eine gesellschaftlich mehrheitsfähige Grundlage gestellt werden muss. Die Ausgestaltung des Mittelfristigen Finanzrahmens und die Verfügbarkeit der Mittel für Landwirtschaft und ländliche Räume werden dieses Frühjahr voraussichtlich zu einem ersten Showdown auf EU-Ebene für diese Verteilungskämpfe. Allen zukunftsgegenständlichen politischen Entscheidungsträgern sollte also die beherzte Umsetzung der Ergebnisse des Strategiedialogs ein wichtiges Anliegen sein – schon allein, um die Rechtfertigung für die Höhe des Landwirtschaftsbudgets am Haushalt zu erhalten.

Das verlangt aber von den 29 Akteuren, die den Bericht gemeinsam verabschiedet haben, auch zukünftig ein verlässliches Einstehen für die gemeinsamen Ziele. Es darf nicht so laufen wie in Deutschland, wo sich die ebenfalls von Prof. Strohschneider geführte Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) im Nachgang in Grabenkämpfen verfranst hat. Besonders der Deutsche Bauernverband hat sich von einst gemeinsam getroffenen Forderungen schnell verabschiedet. Copa Cogeca, der Dachverband auf EU-Ebene, darf sich nicht genauso schnell vom Acker machen.

Folgerungen & Forderungen

- Mit der Europawahl haben sich die politischen Gewichte im EU-Parlament weiter nach rechts verschoben. Progressive Mehrheiten jenseits der konservativen EVP-Fraktion sind nicht mehr möglich.
- Die Entkernung der Agrarpolitik von Umweltstandards ist kurzsichtig und verkennt die wahren Probleme der Landwirtschaft: allen voran die Erzielung fairer Preise für die erzeugten Produkte.
- Das Abrücken von den konkreten Zielmarken und Zeitplänen der Farm-to-Fork-Strategie ist ein Rückschritt für eine zukunftsfähige Landwirtschaftspolitik in Europa, denn dass diese stärker auf Nachhaltigkeit ausgerichtet werden muss, ist vielfach seitens der Wissenschaft und des EU-Rechnungshofes betont worden.
- Bürokratieabbau als berechtigtes und wichtiges Anliegen der Landwirtinnen und Landwirte ist möglich und erforderlich, ohne Umweltstandards zu schleifen.
- Angesichts zunehmender Verteilungskämpfe um ein knapper werdendes EU-Budget liegt in dem Abschlussbericht des Strategischen Dialogs zur Zukunft der EU-Landwirtschaft eine Chance: dass sich bisweilen feindlich gegenüberstehende Lager für eine gemeinsame Gangart in Richtung Neugestaltung der Europäischen Agrarpolitik entscheiden.

Fazit

Die Entwicklungen der vergangenen Legislatur haben aus umweltpolitischer Sicht wenig Hoffnung auf eine nachhaltige Reform der europäischen Agrarpolitik gemacht: Die Farm-to-Fork-Strategie, die in vielerlei Hinsicht als Hoffnungsträgerin für die Gestaltung einer richtungsweisenden Agrarwende galt, wurde vertagt, verwässert und blockiert. Die Bauernproteste wurden als Deckmantel für die Abschaffung wichtiger Umweltstandards instrumentalisiert, während beim Kernproblem unfairer Preisgestaltung entlang der Lebensmittelwertschöpfungskette kaum Fortschritte erzielt wurden. Völlig berechnete Forderungen nach Bürokratieabbau, als wichtigem Anliegen der Landwirte, wurden zur Keule für einen Rundumschlag gegen jegliche Fortschritte in Klima- und Umweltpolitik missbraucht. Dabei sägt eine Agrarpolitik, die weiter die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen in Kauf nimmt und sogar belohnt, am Ast, auf dem die Landwirte selbst sitzen. Die Warnungen aus der Wissenschaft vor Wetterextremen, Bodendegradierung und Wasserverschmutzung sind mittlerweile allesamt eingetreten.

Doch es ist nicht zu spät: Wenn es auf EU-Ebene gelingt, mit vereinten Kräften die Umsetzung der Forderungen des breiten Bündnisses zur Zukunft der Landwirtschaft voranzutreiben, gibt es Hoffnung. Eine einkommenswirksame Honorierung von Klima- und Umweltleistungen für Landwirte ist überfällig und wäre ein wirklicher Systemwechsel. Grundlagen für fairere Bedingungen entlang der Lebensmittelkette können ebenfalls in Brüssel gelegt werden. Bürokratieabbau ist möglich, ohne Umweltstandards zu schleifen. Dafür gibt es unter anderem einen guten Vorschlag des Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) (siehe dazu auch den Beitrag von Carolin Pagel und Gerald Wehde in diesem *Kritischen Agrarbericht*, S. 133-138).¹⁶ Die nötigen Stellschrauben für eine zukunftsfähige Umgestaltung der Landwirtschaft sind bekannt. Daran drehen müssen wir in den nächsten fünf Jahren gemeinsam – und zwar vorwärts statt rückwärts!

Das Thema im Kritischen Agrarbericht

- ▶ Henrik Maaß und Phillip Brändle: Gemeinsame Agrarpolitik zukunftsfest gestalten – Warum eine engere Verknüpfung der sozialen mit den ökologischen Zielen bei der GAP und den nationalen Strategieplänen unumgänglich ist. In: Der kritische Agrarbericht 2024, S. 40-46.
- ▶ Daniela Wannemacher und Phillip Brändle: Mutiger Wandel der GAP gefordert. EU-Agrarreform wird den ökologischen und sozialen Herausforderungen nicht gerecht. In: Der kritische Agrarbericht 2023, S. 57-61.
- ▶ Christian Rehmer und Phillip Brändle: Zaghafter Schritt in die richtige Richtung. Die Reform der EU-Agrarpolitik hält an pauschalen Flächenprämien fest, bietet aber auch Raum für mehr

Umwelt-, Klima- und Tierschutz sowie eine gerechtere Mittelvergabe. In: Der kritische Agrarbericht 2022, S. 40-45.

- ▶ Jürgen Metzner und Sönke Beckmann: Die Zeit ist reif! Eine Gemeinwohlprämie kann die Gemeinsame Agrarpolitik zukunftsfähig machen. In: Der Kritische Agrarbericht 2022, S. 46-51.
- ▶ Christian Rehmer und Phillip Brändle: Vom Verwässern und Verbessern. Die Reform der EU-Agrarpolitik auf der Zielgeraden. In: Der kritische Agrarbericht 2021, S. 43-47.
- ▶ Christian Rehmer: Zwischen Kuhhandel und Pokerspiel. Die Verhandlungen zur zukünftigen EU-Agrarpolitik. In: Der kritische Agrarbericht 2020, S. 49-53.
- ▶ Ulrich Jasper und Christian Rehmer: Die EU-Agrarpolitik vor der Wahl. Plattform-Verbände legen Bewertung der Kommissionsvorschläge und eigene Forderungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik vor. In: Der kritische Agrarbericht 2019, S. 40-49.
- ▶ Ulrich Jasper und Christian Rehmer: Die Zukunft der Direktzahlungen. Über die neuen Pläne der EU-Kommission und die mögliche Vorreiterrolle Berlins. In: Der kritische Agrarbericht 2018, S. 34-38.
- ▶ Ulrich Jasper: Bäuerliche Leistungen honorieren. Ein Vorschlag zur Ausgestaltung der zukünftigen Agrarpolitik. In: Der kritische Agrarbericht 2017, S. 37-40.
- ▶ Ulrich Jasper: Dauerkrise überwinden – für Bauern, Umwelt und die Tiere! Deutschlands fataler Einfluss in der EU-Agrarpolitik und die ungenutzten Möglichkeiten für agrarpolitische Verbesserungen. In: Der kritische Agrarbericht 2016, S. 34-39.

Anmerkungen

- 1 Euronews: Over half of von der Leyen's food policy promises weren't met, analysis shows. 19. February 2024 (www.euronews.com/my-europe/2024/02/19/over-half-of-von-der-leyen-food-policy-promises-werent-met-analysis-shows).
- 2 Europäischer Rechnungshof: Pläne der Gemeinsamen Agrarpolitik – Grüner, aber nicht auf einer Höhe mit den Klima- und Umweltambitionen der EU. Sonderbericht. Brüssel 2024 ([www.eca.europa.eu/de/publications/SR-2024-20](https://eca.europa.eu/de/publications/SR-2024-20)).
- 3 C. Wirth et al. (Hrsg.): Faktencheck Artenvielfalt. Bestandsaufnahme und Perspektiven für den Erhalt der biologischen Vielfalt in Deutschland. München 2024.
- 4 S. Lakner und N. Röder: Bauernproteste: EU-Kommission schreddert Umweltstandards in der Landwirtschaft. Blog: Lakners Kommentare, April 2024 (<https://slakner.wordpress.com/2024/04/02/bauernproteste-eu-kommission-schreddert-umweltstandards-in-der-landwirtschaft/>).
- 5 Ebd.
- 6 European Ombudsman: Wie die Europäische Kommission einen Vorschlag zur Änderung von Rechtsvorschriften im Zusammenhang mit der Gemeinsamen Agrarpolitik ausgearbeitet hat. September 2024 (www.ombudsman.europa.eu/en/opening-summary/en/192548).
- 7 Thünen-Institut: Anteil der Verkaufserlöse der Landwirtschaft an den Verbrauchsausgaben für Nahrungsmittel inländischer

Herkunft in Deutschland. Braunschweig 2021 (www.thuenen.de/media/institute/ma/Downloads/Tabelle_Anteilsberechnung_2021.pdf).

- 8 R. Riester: Vergleich der Erzeuger- und Verbraucherpreise in den Jahren 2014 bis 2023. Landesanstalt für Landwirtschaft, Ernährung und Ländlichen Raum, Schwäbisch Gmünd, Dezember 2023 (https://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mlr/intern/dateien/publikationen/Essen_und_Trinken/Vergleich_Erzeuger_und_Verbraucherpreise.pdf).
- 9 Eurostat: EU farms – 5.3 million fewer in 2020 than in 2005. April 2023 (<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/-/ddn-20230403-2>).
- 10 G. Hanke, F. von Mering und S. Wunder: Regionalisierung von Ernährungssystemen – Einschätzung von Nachhaltigkeitspotenzialen und Darstellung politischer Handlungsansätze. Hrsg. vom Umweltbundesamt. Dessau-Roßlau 2023 (https://stern-projekt.org/sites/default/files/2023-08/89_2023_texte_regionalisierung_von_ernaehrungssystemen.pdf).
- 11 The Greens in the European Parliament: Break out of the silo – Impacts of the agro-industrial food system and farmers' income – A review. Brussels, July 2021 (<https://extranet.greensefa-service.eu/public/media/file/1/7219>).
- 12 Monopolkommission: Wettbewerb 2024 – XXV. Hauptgutachten. Bonn 2024 (www.monopolkommission.de/images/HG25/HG25-Gesamt.pdf).
- 13 Verbraucherzentrale Bundesverband: Mehr Transparenz bei Lebensmittelpreisen. Berlin 2024 (www.vzbv.de/sites/default/files/2024-08/24-08-29_Kurzpapier_Preisbeobachtung.pdf).
- 14 Final Report of the Strategic Dialogue: Strategic Dialogue on the Future of EU Agriculture – A shared prospect for farming and food in Europe. Brussels 2024 (https://agriculture.ec.europa.eu/document/download/171329ff-of50-4fa5-946f-aea11032172e_en?filename=strategic-dialogue-report-2024_en.pdf).
- 15 OECD: Agricultural policy monitoring and evaluation. Paris 2023 (www.oecd-ilibrary.org/agriculture-and-food/agricultural-policy-monitoring-and-evaluation-2022_7f4542bf-en).
- 16 Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW): Stufenmodell zur Neugestaltung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik ab 2028. Stand: 8. Juni 2023 (www.boelw.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/EU-Agrarpolitik/230608_GAP-Stufenmodell_Langversion.pdf).



Martin Häusling

Biomilchbauer und seit 2009 Europa-Abgeordneter der Grünen im EU-Parlament, dort Mitglied im Agrar- sowie im Umwelt- und Gesundheitsausschuss.

martin.haesling@europarl.europa.eu